

**Rechtsextremismus und Antisemitismus  
entschlossen und kraftvoll bekämpfen –  
Unsere wehrhafte Demokratie verteidigen**

**Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands**

**14. Oktober 2019**

Decorative geometric shapes in the bottom left corner: a dark grey triangle, a red triangle, and a yellow triangle.

## **Rechtsextremismus und Antisemitismus entschlossen und kraftvoll bekämpfen – Unsere wehrhafte Demokratie verteidigen**

Ein weiteres Mal innerhalb kurzer Zeit sind in unserem Land Menschen rechtsextremistischem Terror zum Opfer gefallen. Dieser Terror betrifft uns alle: Denn der einzelne Mensch in seiner Würde, in seinem Recht auf Leben und Freiheit zählt in diesem blinden Hass nichts. Das hat der Anschlag in Halle mehr als deutlich gezeigt.

Rechtsextremistische, ausländerfeindliche, muslimfeindliche und antisemitische Straftaten nehmen seit Jahren zu. Völkisches und rassistisches Gedankengut hat inzwischen den Weg in unsere Parlamente gefunden. Der Nährboden für Verrohung, Hass und Gewalt wird immer öfter auch im digitalen Raum bereitet. (Selbst-)Radikalisierung und terroristische Vernetzung wirken hier zusammen und bilden die Grundlage für schreckliche Taten.

Die jüngsten Ereignisse haben uns schmerzlich vor Augen geführt, wie gefährlich rechtsextremistische Bestrebungen für die freiheitliche Gesellschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland sein können und welches Potenzial zur gesellschaftlichen Destabilisierung ihnen innewohnt.

Diese Entwicklung macht uns Christdemokraten große Sorgen. Für uns ist die freie, offene und pluralistische Gesellschaft, in der sich alle entfalten können und niemand alleingelassen wird, der Kern unseres Gemeinwesens. Wir sind entschlossen, unser offenes, tolerantes und menschliches Zusammenleben gegenüber den Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Diesen Kampf müssen wir an allen Orten, auf allen Ebenen und online wie offline führen: in den Familien und Freundeskreisen, in Schulen, im Ehrenamt, im Sport, in Vereinen, Verbänden und politischen Initiativen und unseren staatlichen Institutionen.

Jüdisches Leben gehört zu Deutschland. Dafür sind wir dankbar, nicht nur vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Verantwortung. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Juden in Deutschland Anfeindungen und Anschläge auf Leib und Leben befürchten müssen, wie dies derzeit der Fall ist. Alle jüdischen Einrichtungen und die freie Religionsausübung zu schützen, ist uns oberste Pflicht, genauso wie wir im Alltag – online wie offline – Antisemitismus konsequent entgegentreten müssen. Es ist hierbei völlig unerheblich, ob der Antisemitismus

einen rechtsextremen, linksextremen oder religiösen Hintergrund hat. Bereits latente Anfeindungen und damit Antisemitismus in seinen Anfängen dürfen nicht zugelassen werden.

Wir brauchen klare Antworten der Gesellschaft und des Staates auf Menschenhass und Terror und wirksame Instrumente gegen deren Akteure und Netzwerke. Den Feinden der liberalen Demokratie wollen wir mit allen präventiven, beratenden und repressiven Mitteln des wehrhaften Rechtsstaats und einer selbstbewussten demokratischen Gesellschaft entgegenreten.

### **Eckpunkte einer Handlungsoffensive gegen rechtsextremistischen Terror**

Wir müssen den Staat in seiner Handlungsfähigkeit gegen Extremisten stärken. Wir wollen unsere staatlichen Sicherheitsbehörden zu einem harten, entschlossenen und konsequenten Durchgreifen befähigen. Dazu gehört eine deutlich bessere Ausstattung der Behörden. Eine besondere Herausforderung ist die Verlagerung der Kommunikation ins Internet. Neben der Mobilisierung und erleichterten Ansprache Gleichgesinnter spielt die Verbreitung von Hass und extremistischer Propaganda hier eine besonders große Rolle. Eindeutig rechtsextremistische Inhalte müssen erkannt, strafrechtlich relevante Beiträge noch effizienter bekämpft und ihre Urheber unnachsichtig verfolgt werden.

Wir fordern Instrumente der Sicherheitsbehörden auf der Höhe der Zeit: Verfassungsschutz und Polizei dürfen Extremisten und Verbrechern nicht hinterherhinken. Und wir brauchen adäquate Möglichkeiten für Ermittlungen der Behörden im Darknet, bei der Überwachung von Messenger-Diensten, der Speicherung und Analyse relevanter Daten sowie bei Online-Durchsuchungen. Wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, dass die im analogen Bereich vorhandenen Befugnisse des Verfassungsschutzes endlich in die digitale Welt übertragen werden. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden!

- Jüdische Einrichtungen sind nachhaltig und konsequent zu schützen. Dazu gehört, dass Investitionen in die gebäudliche Sicherheit von Synagogen und anderen, dem jüdischen Leben dienenden Gebäuden finanziell gefördert werden und die Polizei- und Sicherheitsbehörden für die Beratung umfassender Sicherheitskonzepte zur Verfügung stehen.
- Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sollte erweitert werden, um Betreiber von Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen: Sie sollen verpflichtet werden, bei strafrechtlich relevanten Fällen proaktiv an die Strafverfolgungsbehörden heranzutreten. Auskunftspflicht und Handlungspflichten von Betreibern müssen unabhängig

vom Geschäftssitz gelten, wenn Plattformen in Deutschland genutzt werden können (Marktortprinzip).

- In besonders schweren Fällen von Verleumdung, Beleidigung oder Bedrohung im Netz müssen die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden auch ohne Anzeige eingeleitet werden können. Für diese Fälle prüfen wir die Einordnung als Verbrechenstatbestand. Nur so kann Hasskriminalität wirksam erkannt und bekämpft werden.
- Der Strafrahmen und Deliktscharakter für Verleumdung oder Beleidigung im Netz muss dringend angepasst werden.
- Polizei und Verfassungsschutz dürfen Extremisten und Verbrechern im digitalen Raum nicht hinterherhinken. Dies bedeutet, dass die Chancen der Digitalisierung im Umkehrschluss genutzt werden müssen. Das umfasst insbesondere auch das Instrument der sogenannten Vorratsdatenspeicherung und -nutzung, die für Verfassungsschutz und Polizei von größter Bedeutung sind. Ebenso gehören die Einführung und stetige Weiterentwicklung neuer Software zur Analyse und Auswertung von „Big data“ dazu. Wir fordern den weiteren Ausbau entsprechender Kompetenzen und Ressourcen bei den Polizei- und Sicherheitsbehörden zur effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet.
- Löschfristen von Daten auffälliger Personen müssen ausgedehnt werden, um zu verhindern, dass Extremisten unter dem Radar verschwinden, nur weil sie für eine gewisse Periode „unauffällig“ sind. Daneben halten wir eine Verlängerung der DNA-Speicherfristen über 10 Jahre hinaus für notwendig, damit Spuren zur Aufklärung schwerer Straftaten nicht verloren gehen.
- Hass und Hetze im digitalen Raum tragen wesentlich zur Radikalisierung von Personen und Gruppen bei. Rechtsextreme leben hier – oft im Schutz der Anonymität – ihre rassistische Gesinnung aus. Verstärkt bieten Online-Spiele virtuelle Räume für Hass und Hetze und fördern die Gewaltbereitschaft durch menschenverachtende Spieleinhalte. Spieleplattformen müssen daher in die besondere Verantwortung der Dienstanbieter im Kampf gegen Hass und Hetze ausdrücklich einbezogen werden.
- Keine Waffen in die Hände von Extremisten: Wer nicht mit beiden Füßen auf unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, darf keine legale Waffe in die Hände bekommen. Durch eine Abfrage der Waffenbehörden beim Verfassungsschutz soll es möglich sein, entsprechende Erkenntnisse bezüglich eines Antragstellers festzustellen. Außerdem soll die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zur waffenrechtlichen

Regelunzuverlässigkeit führt. Die Verbreitung von Bauanleitungen für Waffen muss strikt verboten werden.

- Evident rechtsextremistische Gruppierungen und Vereinigungen müssen verboten werden. Wir unterstützen die entsprechend initiierten Verbotverfahren des BMI. Die Vereinigungsfreiheit endet dort, wo Zusammenschlüsse die Bekämpfung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Ziel haben oder systematisch Minderheiten bedrohen.
- Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz sollen durch die jeweiligen Parlamente dazu angehalten werden, rechtsextremistische Gruppierungen und Vereinigungen systematischer und effektiver zu beobachten.
- Wir wollen die automatische Meldung polizeibekannter politischer Straftäter an die zuständige Staatsschutzstelle der Polizei bei einem Wechsel des Wohnorts. Ein entsprechendes Verfahren fordern wir auch im Verfassungsschutzverbund.
- Rechtsextremistische Veranstaltungen – wie beispielsweise Konzerte oder Kampfsportveranstaltungen, die der Agitation und Rekrutierung dienen – sind besonders gefährlich: Wo immer möglich, müssen Kommunen und Sicherheitsbehörden diese unterbinden.
- Wir wollen die gezielte Ansprache von potenziellen Extremisten: Dabei werden Rechtsextremisten unabhängig von konkreten Straftaten von Verfassungsschutz und Polizei systematisch angesprochen.

### **Eckpunkte einer Vertrauensoffensive für unsere Grundordnung**

Der Kampf gegen Extremismus jeder Couleur ist aber nicht alleine eine sicherheitspolitische Aufgabe, sondern er ist eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Es bedarf einer besonderen Anstrengung, die Bürger unseres Landes und die Menschen, die bei uns leben, stets aufs Neue für unseren Staat, seine Werte und seine Ordnung zu gewinnen. Dies kann nur in der aktiven Auseinandersetzung mit der Kultur unseres Staates gelingen, für die unsere Sprache, Geschichte, Werte, Symbole und Vorbilder die Diskursflächen darstellen. Nur die gemeinsame Überzeugung von den Fundamenten unseres Zusammenlebens kann das nötige individuelle und persönliche Engagement hervorbringen, um unsere freiheitliche Lebensweise zu sichern und zu verteidigen. Nur wenn der Zusammenhalt einer offenen Gesellschaft aktiv als ständige Aufgabe aller Bürger und gesellschaftlichen Akteure begriffen wird, wirkt diese Gesellschaft nach innen integrativ.

- Die staatliche Präventionsarbeit gegen Extremismus und Antisemitismus beruht auf den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ihre Aufgabe ist es, für das freiheitliche, plurale und repräsentative Demokratiemodell zu werben und es gegen seine Feinde zu verteidigen. Als Kulturnation stärken wir darüber hinaus die kulturellen Angebote, um einen inhaltlichen Beitrag für ein sinnerfülltes Leben zu leisten.
- Die Demokratieförderung des Bundes ist weiter zu verstärken, indem mehr Mittel für entsprechende Programme (z.B. „Jugend erinnert“ oder „Demokratie leben!“) zur Verfügung gestellt, diese aber auch regelmäßig evaluiert und ggf. zielgerichteter gestaltet werden. Sie müssen vor allem junge Menschen überall erreichen. Schüler- und Jugendaustauschprogramme mit Israel sollen ausgebaut und finanziell gestärkt werden.
- Die Bildungs- und Präventionsarbeit mit Familien sowie in Bildungseinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften wollen wir stärken, auch um sich mit dem Antisemitismus in den Herkunftsländern der zu uns gekommenen Menschen auseinanderzusetzen. Deutschunterricht für Zuwanderer soll, wo immer möglich, an kulturelle und rechtsstaatliche Inhalte geknüpft werden. Zudem soll ein Netzwerk von Lotsen zur Antisemitismus- und Extremismus-Prävention an Schulen nach hessischem Vorbild eingeführt werden.
- In unseren Schulen müssen demokratische Werte und Menschenrechte gelebt und gelehrt werden. Deshalb wollen wir Partizipationsformen wie Jugendparlamente, „Jugend debattiert“ und die Schülermitbestimmung weiter stärken.
- Im Rahmen der historisch-politischen Bildung gilt es, das erinnerungsorientierte Lernen zu fördern, vor allem die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit dem präzedenzlosen Unglück, das er verursacht hat. Formate der außerschulischen politischen Bildung sollten dies viel stärker als bisher berücksichtigen. Die Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen auf deutschem Boden im vergangenen Jahrhundert muss ein Schwerpunkt im Unterrichtsgeschehen sein. Solange es noch Zeitzeugen gibt, sind sie, ebenso wie der Besuch der authentischen Erinnerungsorte, ein unverzichtbarer Beitrag bei der unmittelbaren Vermittlung von Totalitarismus, Antisemitismus, Rassismus, Hass, Hetze und staatlichen Unrechts. Wir erwarten, dass der Besuch authentischer Gedenkstätten für Lehramtsstudierende in den einschlägigen Fächern verpflichtend wird.
- Gemeinsam mit den Ländern wollen wir Orte der positiven Demokratiegeschichte bundesweit für die Vermittlung und Veranschaulichung demokratischer

Errungenschaften aufbereiten und nutzen. Die bemerkenswerte demokratische Geschichte Deutschlands und Europas soll so auch für künftige Generationen und Menschen nichtdeutscher Herkunft erfahrbar werden.

- Im Kampf gegen Extremismus und Antisemitismus wollen wir den Stellenwert der politischen Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung steigern. Die Einrichtung eines „Bundesbeauftragten für politische Bildung“ und eine jährliche Bundestagsdebatte zu „Fragen der Demokratieentwicklung und politischen Bildung“ könnten die öffentliche Aufmerksamkeit erhöhen.
- Mit Veranstaltungsreihen wie der jährlichen Aktionswoche „Von Schabbat zu Schabbat – Gemeinsam gegen Antisemitismus“ wird deutlich gemacht, dass jüdisches Leben selbstverständlich zu Deutschland gehört. Solche Maßnahmen sind auszubauen, zu stärken und in ähnlicher Form auch auf andere Zielgruppen zu übertragen.
- Neben der politischen Bildung in den Schulen wollen wir die außerschulische politische Bildungsarbeit im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens vorantreiben. Vor allem eine aufsuchende Bildungsarbeit ist geeignet, die Menschen in Stadt und Land zu erreichen. Ein Beispiel hierfür sind Demokratie-Labs oder der „Adenauer on Tour“-Bus der Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Die Umfeldberatung für auffällig gewordene junge Extremisten soll weiter ausgebaut und gestärkt werden. Als Vorbilder können bestehende Deradikalisierungsmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network dienen. Ausstiegsangebote müssen verbessert und Eltern sowie Angehörigen junger Menschen, die in rechtsextremistische Aktivitäten verstrickt sind, bessere Hilfsangebote gemacht werden.

Die CDU ist auf allen politischen Ebenen tief in der Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt und stellt sich mit aller Kraft gegen jede Form von Extremismus, Hetze und Gewalt.